

Überwachung der Linkspartei legitim- SED-Opfer begrüßen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

Berlin, 22. Juli 2010

Mit Genugtuung haben wir Vertreter der einst vom DDR-Staatssicherheitssystem bespitzelten und brutal verfolgten Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juli 2010 zur Kenntnis genommen, nach dem der Verfassungsschutz berechtigt ist, Spitzenpolitiker der Partei DIE LINKE wie Bodo Ramelow zu überwachen.

Das Gericht bestätigt mit seinem Urteil unsere Überzeugung, dass die Partei DIE LINKE nicht nur unfähig ist, sich vom Unrechtsregime DDR eindeutig zu distanzieren. Nein, einflussreiche Persönlichkeiten und Gruppierungen der LINKEN wie das Vorstandsmitglied Sahra Wagenknecht verfolgen in innerparteilichen Gruppierungen wie der kommunistischen Plattform offen verfassungsfeindliche Ziele.

DIE LINKE ist die mehrmals umbenannte DDR-Staatspartei SED, deren perfides Machtinstrument die Stasi war. Die Stasi, die sich mit dem Titel „Schild und Schwert der Partei“ schmückte, hat uns bis in die intimsten Bereiche unseres Lebens ausspioniert, in ihren Zuchthäusern drangsaliert und durch Zersetzungsmaßnahmen versucht, uns persönlich zu zerstören.

Die Beobachtung der Linkspartei durch den Verfassungsschutz, der lediglich auf Quellen zurückgreift, die für jedermann öffentlich sind, hat nichts mit menschenverachtender Diskriminierung zu tun, sondern mit unserem Schutz vor Bestrebungen von Kräften, die bis heute das Stasi-System als legitim darstellen. In ihren Reihen bekleiden ehemalige Stasi-Mitarbeiter noch heute hohe und höchste Funktionen.

Wir fordern DIE LINKE auf, statt jetzt Richterschelte zu betreiben, die Verfassungsfeinde in ihren Reihen aus der Partei zu entfernen und sich von Ideen, wie sie die Linksextremisten vertreten, glaubwürdig zu distanzieren. Ansonsten können wir in den vorgeblichen Bekenntnissen der LINKEN zur Demokratie und ihren scheinheiligen Sympathiebekundungen für die Opfer des SED-Staates an Gedenktagen wie 13. August oder 17. Juni nur Heuchelei erkennen.

gez. Rainer Wagner

Bundvorsitzender der UOKG